

# Sächsischer Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtenschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswitz, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele, Inh. Walter Siele Verantwortlich: R. Köhler

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 289

Bad Schandau, Montag, den 12. Dezember 1927

71. Jahrgang

## Frieden zwischen Polen und Litauen

Feierliche Ratstagung im Grad

Der Völkerbundrat hat in einer Nachtitzung einstimmig ohne Debatte auf einen Antrag des Berichterstatters hin eine Entschliessung angenommen, in der der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen für aufgehoben erklärt wird. Polen erkennt die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Republik Litauen vollständig an. Den beiden Regierungen wird empfohlen, direkte Verhandlungen zur Herbeiführung friedlicher Beziehungen aufzunehmen. Die Vertreter von Polen und Litauen erklärten im Namen ihrer Regierungen, die Entschliessung anzunehmen. Die Verhandlung wurde darauf geschlossen. Nach Schluss der Sitzung schüttelte Pilsudski Wolbomaras die Hand.

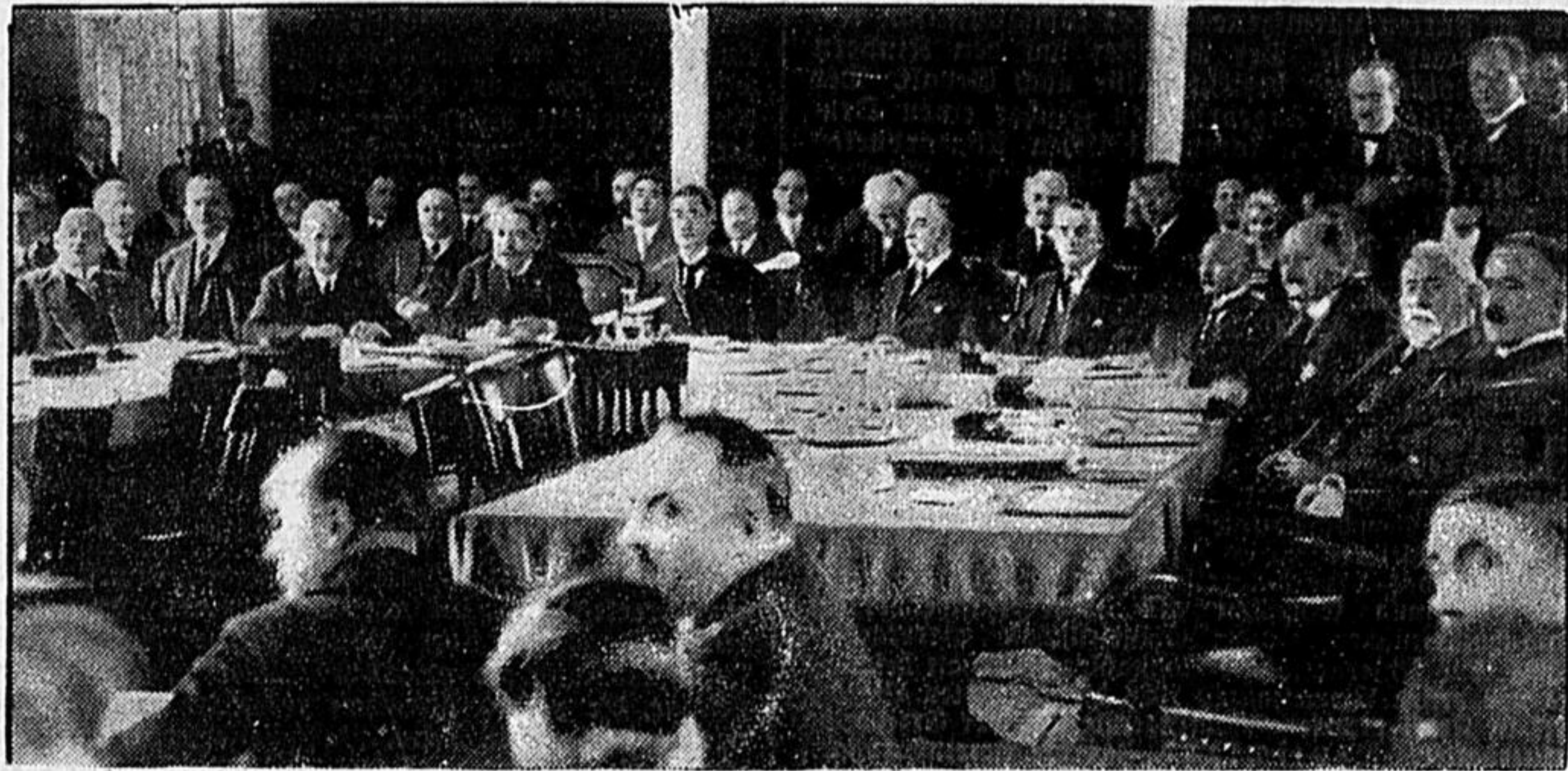
Die Entschliessung des Völkerbunds rats zu dieser wichtigen politischen Angelegenheit ist ein Beweis für die Gedankenreife des

unterstrichen wurde, dass vergebene Staatsmitglieder im Grad oder Smolting erschienen waren, obgleich die Sitzung nicht den Eindruck der Vorbereitung machte, sondern spontan in später Abendstunde einberufen worden war. Am Ratstisch hatte der litauische Ministerpräsident Wolbomaras Platz genommen. Polen war durch Jaleski vertreten, hinter dem Pilsudski Platz genommen hatte.

Die Erledigung der „Salamis“-Angelegenheit.

Am Montag tritt der Rat noch einmal zu einer abschließenden Sitzung zusammen, um den Bericht des Juristenkomitees über die „Salamis“-Affäre sowie den Bericht über die endgültige Regelung der Westplatte entgegenzunehmen.

In der Angelegenheit des von der Vulkanwerk für



So sitzen sie in Genf:

Im der Mitte der diesmalige Präsident Tchang-Loh.

Von links nach rechts: Stresemann, Briand, Tchang-Loh, Drummond (Generalsekretär), Chamberlain.

holländischen Außenministers, der in diesem Streit als Richter fungiert. Sie erklärt, dass der Kriegszustand zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes vereinbar ist mit dem Geist und mit dem Buchstaben der Völkerbundscharta, durch die Litauen und Polen gebunden sind. Der Rat nimmt Kenntnis von den feierlichen Erklärungen des Vertreters Litauens, dass Litauen sich als nicht im Kriegszustand mit Polen befindet, und dass also zwischen den beiden Ländern Frieden besteht. Der Rat nimmt ferner Kenntnis von den feierlichen Erklärungen des Vertreters Polens, dass die polnische Regierung die politische Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der Republik Litauen anerkennt und vollständig respektieren wird.

Der Rat empfiehlt den beiden Regierungen, so bald wie möglich direkte Verhandlungen aufzunehmen, um zur Herstellung von Beziehungen zu gelangen, die geeignet sind, zwischen den beiden Nachbarstaaten „das gute Einvernehmen, von dem der Frieden abhängt“, sicherzustellen, und stellt den beiden Parteien die guten Dienste des Völkerbundes und seiner technischen Organe zur Verfügung für den Fall, dass während der von ihm empfohlenen Verhandlungen ihre Unterfertigung gewünscht wird.

Der Rat beschließt, dass die Beschwerde der litauischen Regierung in bezug auf die Behandlung von Personen litauischer Blutes oder litauischer Sprache, die die litauische Regierung bei ihrem Besuch im Auge hat, von einem Komitee geprüft werde, das aus dem amtierenden Ratspräsidenten und zwei anderen, von ihm zu bezeichnenden Ratsmitgliedern besteht. Dieses Komitee wird beauftragt, dem Rat in angemessener Frist einen Bericht zu unterbreiten. Der Rat beschließt, dass im Falle eines Kriegszwischenfalls

oder einer derartigen Drohung der Generalsekretär des Völkerbundes auf Ersuchen einer der beiden Parteien den amtierenden Ratspräsidenten und den Berichterstatter befragen kann, die dann gemeinsam die von ihnen für notwendig erachteten Befriedigungsmaßnahmen mitteilen werden. Der Rat stellt fest, dass beide Parteien sich verpflichtet haben, eine Untersuchung des Völkerbundes zu erleichtern, und nimmt mit Genehmigung von den Erklärungen des Vertreters Polens Kenntnis, nach denen die polnischen Staatsangehörigen, die unter das Gesetz der litauischen Regierung fallen, ermächtigt werden sollen, ohne Schwierigkeiten nach Polen zurückzukehren. Sollten unerwartete Schwierigkeiten auftreten, so wird der Berichterstatter sich mit seinen guten Diensten zu ihrer Behebung verwenden.

Der Rat beschließt, dass diese Resolution in keiner Weise die Fragen berührt, über die die beiden Regierungen Meinungsverschiedenheiten haben.

Die Nachtitzung, die die erste Nachtitzung des Rats seit dem Bestehen des Völkerbundes war, hatte einen außerordentlich feierlichen Charakter. Der auch dadurch

Griechenland gebauten Kreuzers „Salamis“ ist eine Einigung zustande gekommen. Das von den Juristen der vierzehn Ratsmächte ausgearbeitete Gutachten geht dahin, dass der Rat sich mit der Interpretierung der Artikel 190 und 192 des Versailler Vertrages über das Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial nur zu befassen hat, wenn das gemischte deutsch-griechische Schiedsgericht ihn darum ersucht. Der Antrag der griechischen Regierung auf Auslegung dieser Artikel durch den Rat ist damit hinfällig.

### Französisches Presseecho zur Entscheidung im polnisch-litauischen Konflikt.

Paris, 12. Dezember. Die Pariser Sonntagspresse begrüßt einstimmig die in der gestrigen Nachtitzung des Völkerbunds rats zustande gekommene Lösung des polnisch-litauischen Konfliktes. Der „Temps“ bezeichnet diese Lösung als so klar wie nur möglich und so schmiegsam wie notwendig, um die berechtigten Empfindlichkeiten beider Parteien zu schonen. Sie lasse keinen Zweideutigkeit Platz und mache dem Kriegszustand zwischen beiden Ländern tatsächlich ein Ende. Die Lösung bedeute einen großen Erfolg für den Völkerbund und die oft umstrittene Methode, in freundschaftlichen Unterhaltungen zwischen den Ministern der Großmächte sorgfältig die Lösung der Probleme vorzubereiten. Das Blatt hebt besonders hervor, dass man die korrekte Haltung Dr. Stresemanns in dieser heiklen Frage anerkennen müsse. Der rechtsstehende „Intransigent“ spricht ebenfalls von einem Erfolg des Völkerbundes. Die „Information“ erklärt, zum ersten Mal seit 1914 hätten alle europäischen Völker, Sowjetrußland einbezogen, an einem Werke der Befriedigung zusammengearbeitet. Trotz aller politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten scheine heute eine Keimzelle europäischer Solidarität zu bestehen.

Das linksstehende „Devoir“ sagt sein Urteil in der Ueberschrift zusammen: „Der Völkerbunds rat hat erneut den Krieg verhindert, es bleibt nun noch übrig, den Frieden zu schaffen“. Der sozialistische „Soir“ stellt fest, dass die Willensfrage, in der die anderen Streitigkeiten wurzeln, offen bleibe. Man müsse sich fragen, ob der Frieden zwischen den beiden Ländern wirklich hergestellt werden könne, solange kein loyales Abkommen zwischen den beiden Ländern geschaffen sei.

### Für eilige Leser.

\* Der gestern nachmittag in Genf stattgefundenen Besprechung zwischen Dr. Stresemann mit Marshall Pilsudski wird dem Rat in Völkerbundsreisen große Bedeutung für die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen beigemessen.

\* Der schweizerische Bundesrat hat dem französischen Vorkriegsminister, den Sohn des in Paris verhafteten Bankiers Blumenstein, Carl Blumenstein, an Frankreich auszuliefern, stattgegeben.

\* Die gestern im Kanton Zürich stattgefundenen Volksabstimmung lehnte die Einführung einer Ausländersteuer mit 76 677 gegen 28 623 Stimmen ab.

\* In Cagliari auf der Insel Sardinien stürzte ein neues Postgebäude ein. 16 Personen wurden unter den Trümmern begraben. Bisher sind 3 Tote geborgen worden.

### Chamberlain zufrieden.

Genf, 12. Dezember. In einem Interview mit dem Neutervertreter in Genf sprach sich Chamberlain sehr befriedigt darüber aus, dass alle in der gegenwärtigen Völkerbundsversammlung vertretenen Mächte mit gleichem Nachdruck für die Lösung des litauisch-polnischen Konfliktes eingetreten seien. Chamberlain betonte, dass auch Rußland in diesen Kreis einzubeziehen sei. Obwohl der polnisch-litauische Konflikt in der Unterredung zwischen ihm und Litwinow nicht berührt worden sei, könne er sagen, dass Litwinow seinen Einfluß geltend gemacht habe, um dem Kriegszustand ein Ende zu machen. Auf die Frage, ob der Genfer Aufenthalt des englischen Vorkriegsministers in Rom mit der Entwicklung der französisch-italienischen Beziehungen oder mit der gerüchtweise angekündigten Zusammenkunft zwischen Briand und Mussolini zusammenhänge, erwiderte Chamberlain, daß von dem Besuch des Vorkriegsministers keine besonderen Ereignisse erwartet werden dürften. Chamberlain fügte hinzu, daß die Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Italien nicht überschätzt werden dürften. Ueber die Verhandlungen mit Litwinow befragt, bestätigte Chamberlain nochmals, daß das nach der Aussprache herausgegebene Communiqué zwischen beiden Staatsmännern vereinbart worden sei. Die Besprechung sei in voller Harmonie verlaufen, habe aber bisher zu keinem praktischen Ergebnis geführt.

### Die Delegationen verlassen Genf.

Genf, 11. Dezember. Der französische Außenminister Briand wird voraussichtlich Montagmittag Genf verlassen. Es verläutet, daß er an der morgigen Vormittagsitzung des Rates nicht teilnehmen, sondern sich durch Loucheur vertreten lassen wird. Paul Boncour ist bereits nach Paris zurückgekehrt. Chamberlain verläßt Genf Montagabend. Die deutsche Delegation wird nach den bisherigen Dispositionen am Dienstagvormittag abreisen.

Genf, 12. Dezember. Marshall Pilsudski hat heute vormittag mit seiner Begleitung Genf verlassen, um sich über Wien nach Warschau zu begeben.

### Befoldungsvorlage im Ausschuss angenommen.

Beratung im Reichstag am Dienstag.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages führte die zweite Lesung der Befoldungsvorlage zu Ende. Angenommen wurde eine große Zahl von Anträgen der Regierungsparteien zu den einzelnen Gruppen, die aber, im ganzen gesehen, nur geringfügige Änderungen innerhalb des Gesetzes bedeuteten.

Angenommen wurde u. a. ein Antrag, wonach nach Abbau der Sonderzuschläge in keinem Falle ein Beamter gegenüber der neuen Befoldungsordnung schlechter gestellt werden soll. Auch gegenüber der weiteren Anrechnung, als Abfindung beim Abbau der örtlichen Sonderzuschläge am 1. Januar 1928 den Jahresbetrag der Sonderzuschläge und am 1. Januar 1929 noch einmal die Hälfte zu gewähren, wurde von der Regierung Entgegenkommen zugesagt. Ferner wurde die Reichsregierung in einer einstimmigen Entschliessung ersucht, von der Wiedereinziehung überzahlter Vorschüsse, die auf das neue Befoldungs Gesetz gewährt worden sind, abzusehen.

Der Vorsitzende Heimann (Soz.) stellte fest, daß damit das große Werk der Befoldungsreform vom Ausschuss erledigt worden sei. Reichsfinanzminister Dr. Köhler dankte dem Ausschuss und allen Mitarbeitern.

Die zweite Lesung der Befoldungsreform im Plenum soll am Dienstag, die dritte Lesung am Mittwoch stattfinden.

Ein demokratischer und ein nationalsozialistischer Antrag auf Fürsorgemaßnahmen für die Kleinrentner vor dem Weihnachtstfest wurde dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiehen.